

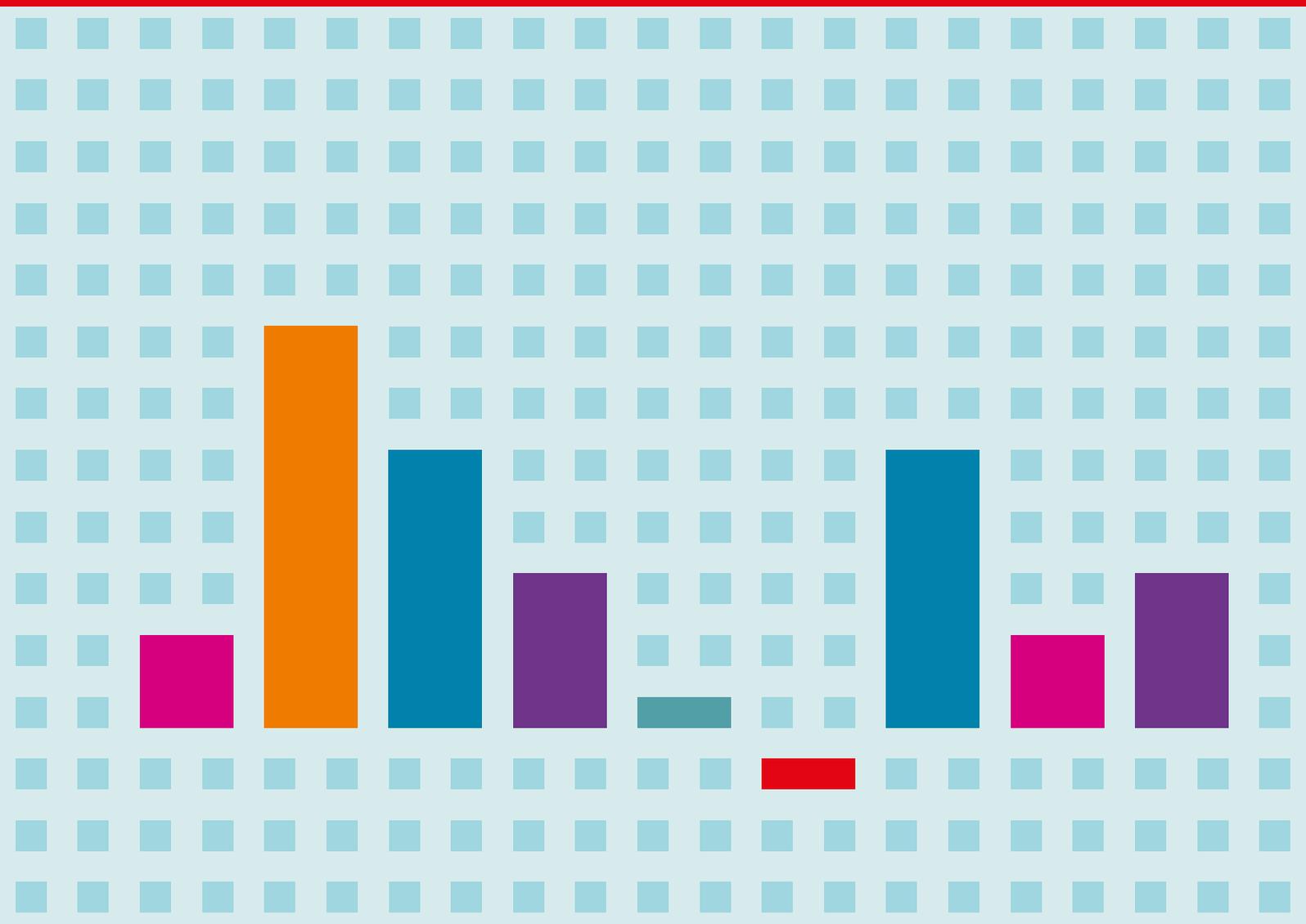
POLICY BRIEF

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK Policy Brief Nr. 119 · März 2022

CORONA-ERSPARNISSE DEUTSCHER HAUSHALTE STÜTZEN KONSUM IM ENERGIEPREISSCHOCK

Jan Behringer, Sebastian Dullien



CORONA-ERSPARNISSE DEUTSCHER HAUSHALTE STÜTZEN KONSUM IM ENERGIEPREISSCHOCK

Jan Behringer¹, Sebastian Dullien²

Zusammenfassung

Die privaten Haushalte in Deutschland haben während der Pandemiejahre 2020 und 2021 aufgrund von eingeschränkten Konsummöglichkeiten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung rund 194 Mrd. Euro an zusätzlichen Ersparnissen gebildet, wobei davon etwas mehr als die Hälfte bei der breiten Masse der Haushalte angefallen ist. Basierend auf Umfragen und Daten aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen ist damit zu rechnen, dass von dieser Ersparnis in den kommenden zwölf Monaten etwa 40 Mrd. Euro in den Konsum fließt und damit die Konjunktur in den Zeiten des Energiepreisschocks stützt. Allerdings hat die Mehrheit der privaten Haushalte keine Zusatzerparnisse gebildet, sodass diese keinen zusätzlichen Puffer zur Abfederung des Energiepreisschocks haben.

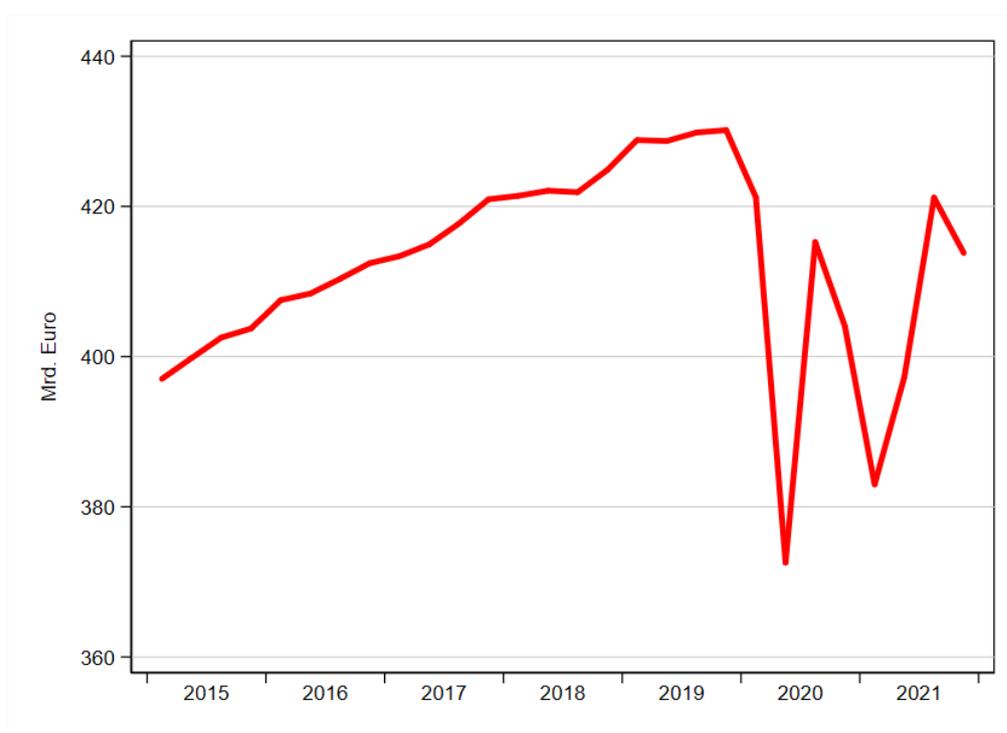
¹ Jan Behringer: Referatsleitung Makroökonomie der Einkommensverteilung, Jan-Behringer@boeckler.de

² Sebastian Dullien: Wissenschaftlicher Direktor, Sebastian-Dullien@boeckler.de

Einleitung

Trotz weitgehend stabiler verfügbarer Einkommen in den Pandemie Jahren 2020 und 2021 haben die privaten Haushalte in Deutschland ihre Konsumausgaben während dieser Zeit deutlich reduziert. Insbesondere in den Quartalen mit einem dynamischen Infektionsverlauf und/oder Kontaktbeschränkungen war der private Verbrauch schwach (siehe Abbildung 1). Dies führte zu einem außerordentlichen Anstieg der Sparquote der privaten Haushalte. Wie in diesem Policy Brief dargestellt wird, waren die Ersparnisse in den Pandemie Jahren insgesamt fast 200 Mrd. Euro höher, als dies bei normalem Konsumverhalten der Fall gewesen wäre. Diese Summe ist dabei auch volkswirtschaftlich relevant, entsprechen diese Ersparnisse doch mehr als 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 2021.

Abbildung 1: Konsumausgaben der privaten Haushalte



Hinweis: Verkettete Volumenangaben, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Macrobond; Berechnungen des IMK.



Für den Konjunkturverlauf der kommenden Jahre ist nun von Bedeutung, wofür die Haushalte diese zusätzlichen, vorab nicht geplanten Ersparnisse verwenden. Wenn die Ersparnisse schnell für zusätzlichen Konsum ausgegeben werden, könnte sich daraus ein spürbarer zusätzlicher Nachfrage- und Wachstumsschub ergeben. In einer Situation eines massiven Energiepreisschocks, wie er sich jetzt nach der Invasion Russlands in der Ukraine abzeichnet, könnten diese

Zusatzersparnisse und Zusatzausgaben helfen, die Konsumnachfrage trotz sinkender Kaufkraft der Privathaushalte zu stabilisieren.³

Dieser Policy Brief versucht, eine Abschätzung der Verwendung der Zusatzersparnisse über die kommenden Quartale vorzunehmen. Er kombiniert dabei Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) und einer repräsentativen Online-Befragung von privaten Haushalten in Deutschland, die im Herbst 2021 im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) durchgeführt wurde (für Details siehe Beschreibung im Anhang 2).

Zusätzliche Ersparnisse der privaten Haushalte nach VGR und LWR

Die Höhe der zusätzlichen Ersparnisse der privaten Haushalte lässt sich überschlagsmäßig zum einen aus der VGR ermitteln. In den zehn Jahren vor der Corona-Pandemie schwankte die Sparquote der deutschen Privathaushalte zwischen 9,3 und 11,3 Prozent. Unmittelbar vor Beginn der Pandemie im Jahr 2019 lag die Quote bei 10,8 Prozent. Legt man die Sparquote aus 2019 auf die Jahre 2020 und 2021 an, so ergeben sich zusätzliche Ersparnisse in Höhe von 107 Mrd. Euro für 2020 und 86,5 Mrd. Euro für 2021, also insgesamt 193,5 Mrd. Euro zusätzliche Ersparnis (siehe Abbildung 2).

Für die Ermittlung der zusätzlichen Ersparnisse können zum anderen die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) herangezogen werden, die allerdings nur einen Teil der Haushalte abdeckt und aus der man die Ersparnisse nur indirekt ermitteln kann (siehe Kasten). Für das Jahr 2020 erhält man für die in den LWR abgedeckten Haushalte somit zusätzliche Ersparnisse in Höhe von 58,8 Mrd. Euro. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zusatzersparnis von 1.548 Euro pro Haushalt. Geht man davon aus, dass sich die Zusatzersparnisse bei diesen Haushalten im zweiten Pandemiejahr proportional zu den in der VGR abgedeckten Haushalten entwickelt haben, kämen für das Jahr 2021 noch 47,5 Mrd. Euro hinzu. In den LWR wären also für die beiden Pandemiejahre insgesamt 106,3 Mrd. Euro Zusatzersparnis abgebildet, was im Durchschnitt 2.799 Euro pro Haushalt entspricht.

Da unsere Online-Befragung eher jene Haushalte abdeckt, die bei den LWR zu den Privathaushalten gezählt werden, als jene, die nach breiterer Definition in der VGR abgebildet sind (unter anderem kann davon ausgegangen werden, dass Hocheinkommenshaushalte in der Online-Befragung unterrepräsentiert sind), fokussieren wir uns in der nachfolgenden Analyse auf die errechneten Ersparnissummen aus den LWR.

³ Im Prinzip wäre auch denkbar, dass sich aus dem Zusatzkonsum ein Teuerungsschub ergeben könnte, wenn alle Ersparnisse unmittelbar und in einer Situation weitgehend ausgelasteter Kapazitäten ausgegeben werden. Dieses Risiko scheint derzeit allerdings gering, da die gestiegenen Energiepreise den Konsum insgesamt dämpfen.

Ersparnisse in den Laufenden Wirtschaftsrechnungen

Die LWR sind eine Erhebung der amtlichen Statistik und liefern detaillierte Informationen zu den Einkommensverhältnissen und zum Konsumverhalten der privaten Haushalte in Deutschland. Die LWR werden als Unterstichproben der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) realisiert und finden in den Erhebungsjahren der EVS nicht statt. Da die EVS zuletzt im Jahr 2018 durchgeführt wurde, beziehen sich die Ergebnisse in diesem Policy Brief auf die Daten der LWR.

Ersparnisse oder Vermögen werden in den LWR nicht direkt abgefragt. Deshalb muss die Ersparnis aus den Einzelposten für Einnahmen und Ausgaben errechnet werden. Die Ersparnis ergibt sich aus der Summe von Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen, für die Bildung von Geldvermögen und für die Tilgung von Krediten (ohne Zinszahlungen) abzüglich der Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Kreditaufnahme. Allerdings muss beachtet werden, dass die so errechnete Ersparnis mit Unsicherheiten verbunden ist, weil Veränderungen von Bargeld- und Girokontobeständen nicht vollständig erfasst, sondern zu relevanten Teilen in der „statistischen Differenz“ verbucht werden (Statistisches Bundesamt 2022).

Hinzu kommt, dass die Gesamtersparnisse aus der VGR und den LWR nicht direkt vergleichbar sind. So werden in der VGR zunächst Nettoersparnisse ausgewiesen, also der Nettovermögenszuwachs der Haushalte nach Abschreibungen auf das Anlagevermögen der Haushalte (relevant sind dabei Abschreibungen auf Wohngebäude). In den LWR werden die Abschreibungen der Wohngebäude nicht abgefragt, sodass man aus den verfügbaren Daten lediglich die Bruttoersparnis (also vor Abzug von Abschreibungen) der befragten Haushalte ableiten kann.

Auch werden in den LWR, anders als in der VGR, Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 18.000 Euro nicht berücksichtigt (deren Sparquote gemeinhin höher liegt und die damit überproportional zur absoluten Gesamtersparnis beitragen), ebenso wenig wie Einzelunternehmen und -kaufleute, Selbstständige oder sonstige BGB-Gesellschaften in ihrer Rolle als Produzenten sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Eine Gegenüberstellung der Ersparnisse aus der VGR und den LWR für das letzte Vorkrisenjahr 2019 deuten darauf hin, dass in den LWR normalerweise etwas mehr als zwei Drittel der in der VGR verbuchten Ersparnisse abgebildet sind (siehe Tabelle 1).

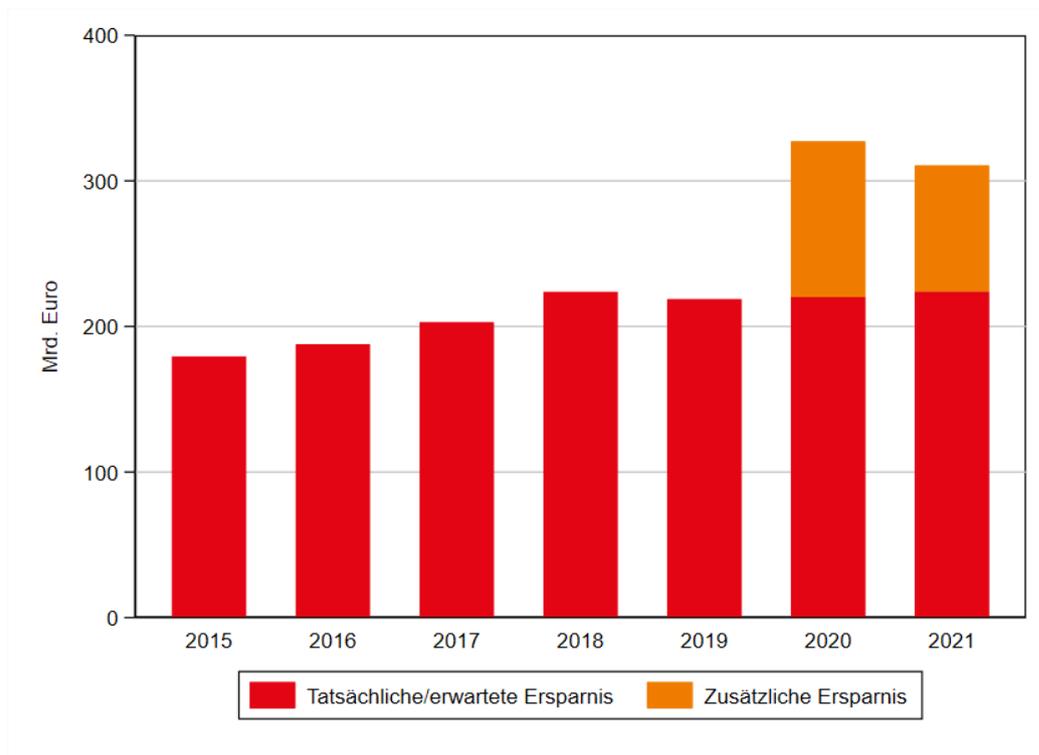
Tabelle 1: Haushaltersparnisse 2019 laut VGR und Schätzung aus den LWR, in Mrd. Euro

	Volkswirtschaftliche Gesamt- rechnung	Schätzung aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen
Nettoersparnis (nach Abzug von Abschreibungen)	218,7	
Bruttoersparnis (vor Abzug von Abschreibungen)	406,1	283,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK



Abbildung 2: Tatsächliche und zusätzliche Ersparnis der privaten Haushalte



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

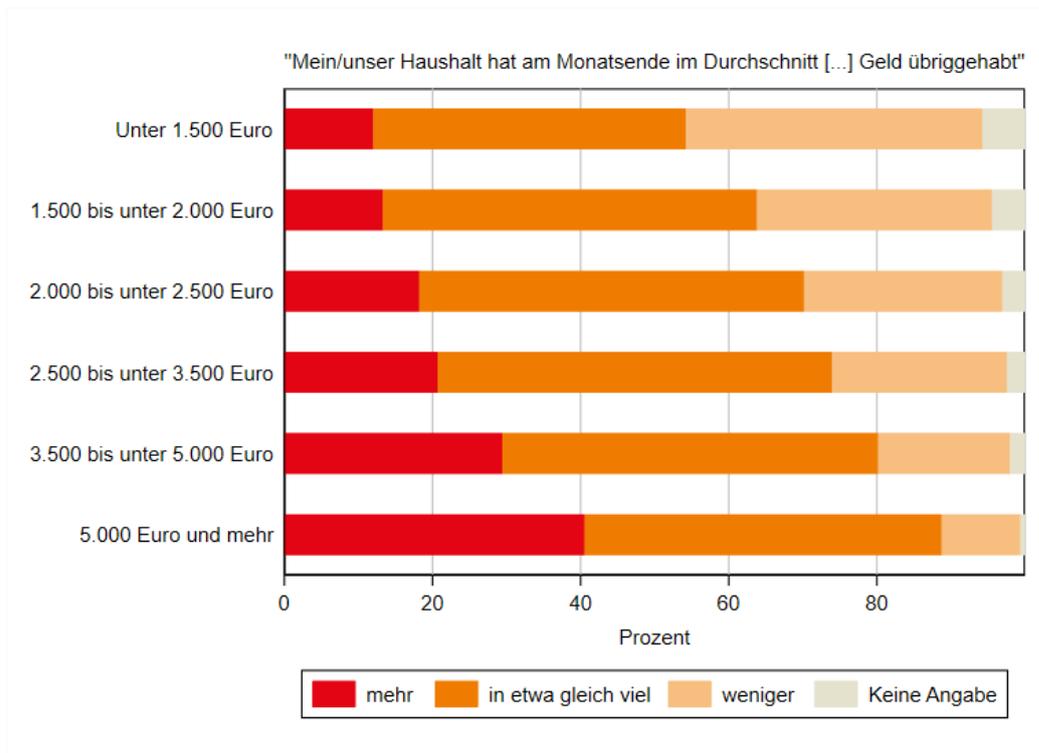


Zusätzliche Ersparnisse nach Haushaltgruppen

Unsere Online-Befragung, die im Herbst 2021 durchgeführt wurde, also noch vor den Kontaktbeschränkungen des vierten Quartals, liefert ebenfalls Anhaltspunkte, dass die privaten Haushalte während der Corona-Pandemie Zusatzerparnisse gebildet haben. Die TeilnehmerInnen der Befragung wurden unter anderem gefragt, ob sie zwischen März 2020 und Mai 2021 am Monatsende im Durchschnitt mehr Geld übriggehabt haben als vor der Pandemie. Hier gaben rund 22,1 Prozent an, dass dies der Fall gewesen sei. Zugleich gaben allerdings auch 24,7 Prozent an, sie hätten weniger Geld zur Verfügung gehabt. Dabei gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen dem Haushaltsnettoeinkommen und den Zusatzerparnissen: Während in den unteren Einkommensgruppen der Anteil jener überwiegt, die am Ende des Monats während der Pandemie im Durchschnitt weniger Geld zur Verfügung hatten als zuvor, überwiegt in den oberen Einkommensgruppen der Anteil jener, die angaben, mehr Geld zurückgelegt zu haben (siehe Abbildung 3).

Dieser Befund deckt sich mit Erkenntnissen aus Studien zu den ökonomischen Folgen der Corona-Krise. Kohlrausch et al. (2020) und Zucco und Özerdogan (2021) untersuchen mit Daten der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung, welche Haushalte finanziell besonders von der Corona-Krise betroffen sind und Verluste bei den Haushaltseinkommen hinnehmen mussten. Dabei zeigt sich, dass Befragte aus den unteren Einkommensgruppen während der Corona-Pandemie überproportional häufig Einkommenseinbußen verzeichneten. Außerdem war gerade in diesen Einkommensgruppen der Anteil jener besonders groß, die angaben, sie hätten seit Beginn der Krise Mehrausgaben gehabt (Behringer und Dullien 2020).

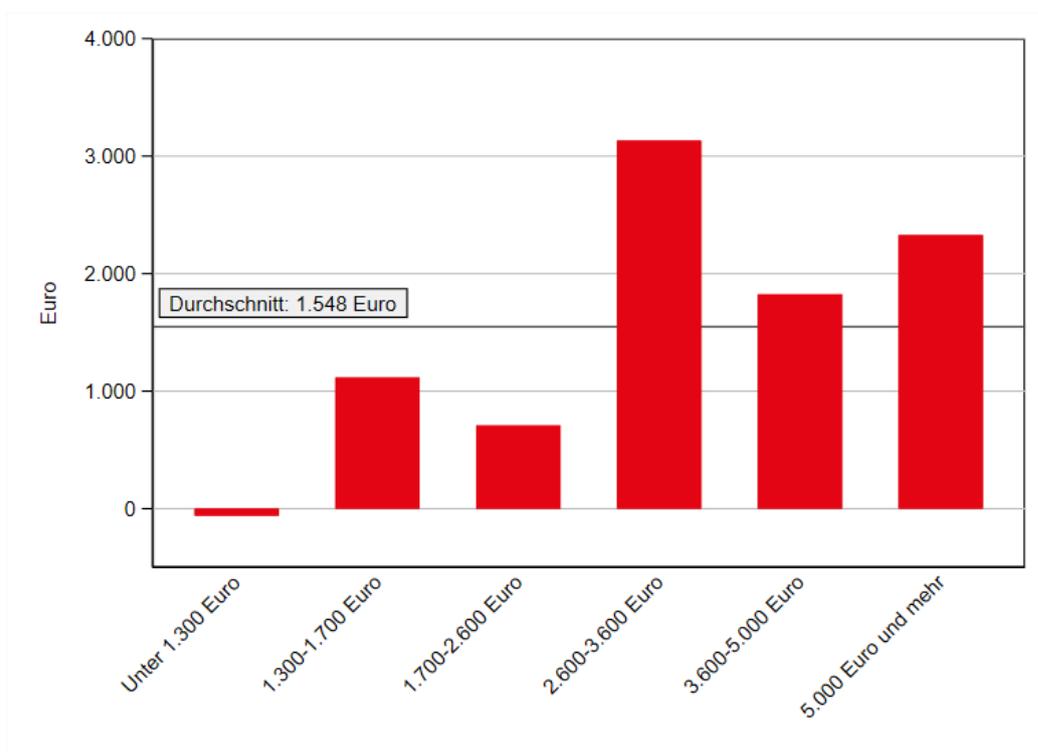
Abbildung 3: Finanzielle Situation von Beginn der Corona-Krise bis Mai 2021 nach Einkommensgruppen



Quellen: Online-Befragung des IMK; Berechnungen des IMK.



Abbildung 4: Zusätzliche Ersparnisse nach Einkommensgruppen, Vergleich 2020 gegenüber 2019



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Die Ergebnisse unserer Online-Befragung spiegeln sich auch in den Daten der LWR wider. Analog zu dem oben dargestellten Verfahren kann man die durchschnittliche Zusatzersparnis pro Haushalt in den LWR nach Einkommensgruppen berechnen. Dabei zeigt sich, dass bei den Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1.300 Euro die Gesamtersparnis im Durchschnitt sogar zurückgegangen ist, während sie für Haushalte mit höheren Nettoeinkommen zum Teil beträchtlich gestiegen ist. Abbildung 4 stellt die Veränderung der Haushaltsersparnisse nach Einkommensgruppen für das Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 2019 dar. Während Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 1.300 Euro im Jahr 2020 im Durchschnitt 60 Euro pro Monat weniger sparten als noch im Vorjahr, stieg die Ersparnis für alle anderen Einkommensgruppen. Dabei war der absolute Anstieg der durchschnittlichen Ersparnis mit 3.132 Euro in der Gruppe mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 2.600 bis 3.600 Euro am größten, gefolgt von den Haushalten, die über ein Einkommen von mehr als 5.000 Euro verfügen, deren Ersparnis sich im Durchschnitt um 2.328 Euro erhöhte.⁴

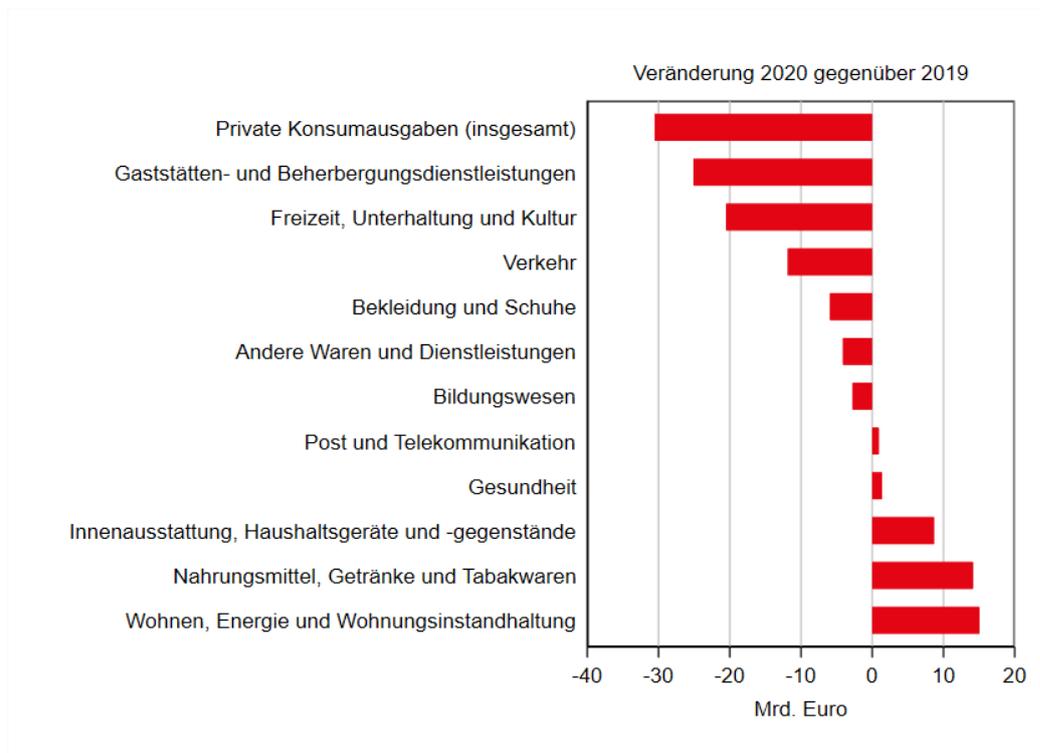
Woran wurde gespart?

In der Summe aller Haushalte gehen die Veränderungen in der Ersparnis während der Pandemie vor allem auf Veränderungen im Ausgabeverhalten zurück. Nach den Ergebnissen der LWR nahmen die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 2019 hochgerechnet insgesamt um rund 31 Mrd. Euro ab (siehe Abbildung 5). Daneben sind die Ausgaben für sonstige Übertragungen (dazu gehören u.a. Freiwillige Unterhaltszahlungen, Geldgeschenke, Mitgliedsbeiträge für Vereine, Parteien u.Ä., Geldspenden und sonstige unregelmäßige Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck usw.) um knapp 8 Mrd. Euro sowie Zinszahlungen um rund 5 Mrd. Euro gesunken.

Es zeigt sich, dass unter den Konsumausgaben die Ausgaben für Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen sowie für Freizeit, Unterhaltung und Kultur besonders stark zurückgingen. In diesen Kategorien waren die Ausgaben im Jahr 2020 hochgerechnet um rund 25 Mrd. Euro bzw. 21 Mrd. Euro niedriger als noch im Jahr zuvor, was in den vorübergehenden Beschränkungen für das Gast- und Reisegewerbe im Zusammenhang mit den bundesweiten Infektionsschutzmaßnahmen ab März 2020 begründet liegen dürfte. Im Bereich Verkehr war der Rückgang der Konsumausgaben mit rund 12 Mrd. Euro ebenfalls erheblich. Dies spiegelt neben dem leichten Rückgang im Kfz-Verkehr auch den Einbruch der Fahrgastzahlen im Öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit den Homeoffice-Regelungen, der Schulschließungen und Beschränkungen im Einkaufs- und Freizeitverkehr wider. Demgegenüber stehen Mehrausgaben in den Bereichen Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände von rund 9 Mrd. Euro.

⁴ Für das Jahr 2021 liegen noch keine Daten der LWR vor. Um die geschätzte zusätzliche Gesamtersparnis für die Jahre 2020 und 2021 zu ermitteln, müssten die einkommensspezifischen Ersparnisse jeweils mit dem Faktor 1,81 multipliziert werden. Dies entspricht dem Verhältnis der Zusatzersparnis aus den beiden Jahren 2020 und 2021 zu der Zusatzersparnis aus dem Jahr 2020 in der VGR.

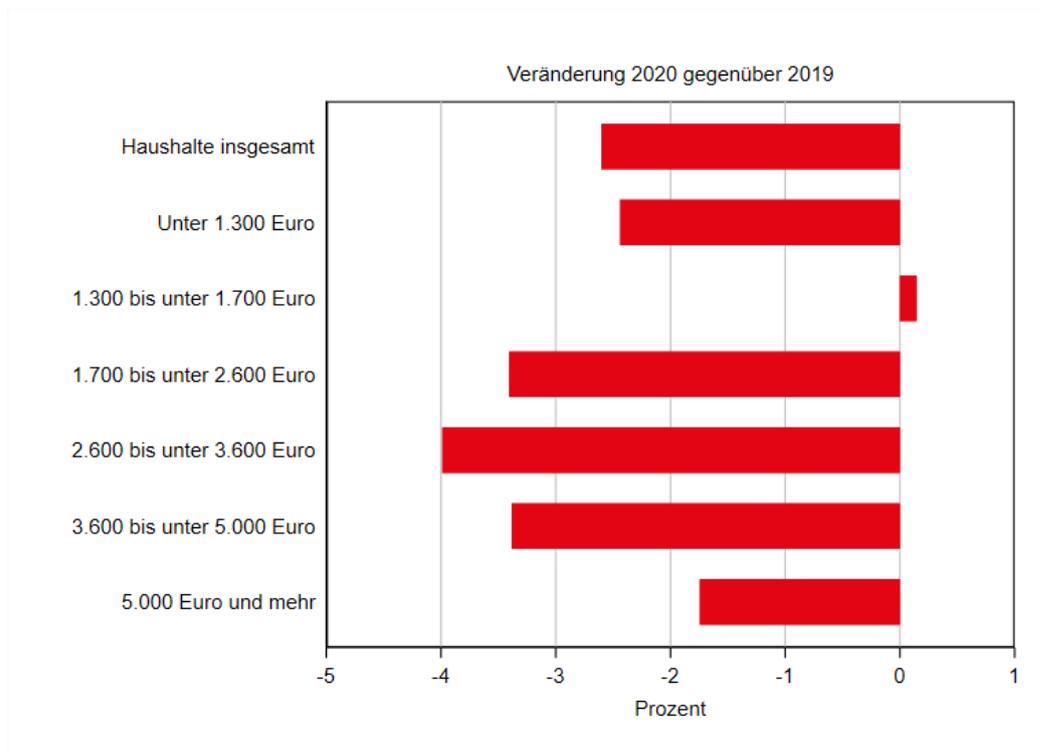
Abbildung 5: Konsumausgaben nach Verwendungszweck, Veränderung 2020 gegenüber 2019



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Abbildung 6: Konsumausgaben nach Einkommensgruppen, Veränderung 2020 gegenüber 2019



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Betrachtet man die durchschnittlichen Konsumausgaben nach Einkommensgruppen, so zeigt sich, dass die Haushalte in nahezu allen Einkommensgruppen ihre Konsumausgaben im Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 2019 reduziert haben (siehe Abbildung 6). Den stärksten prozentualen Rückgang der Konsumausgaben verzeichneten die Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 2.600 bis 3.600 Euro sowie Haushalte, die über ein monatliches Nettoeinkommen von 1.700 bis 2.600 Euro bzw. 3.600 bis 5.000 Euro verfügen. Einzig bei den Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 1.300 bis 1.700 Euro blieben die Konsumausgaben im Durchschnitt unverändert.

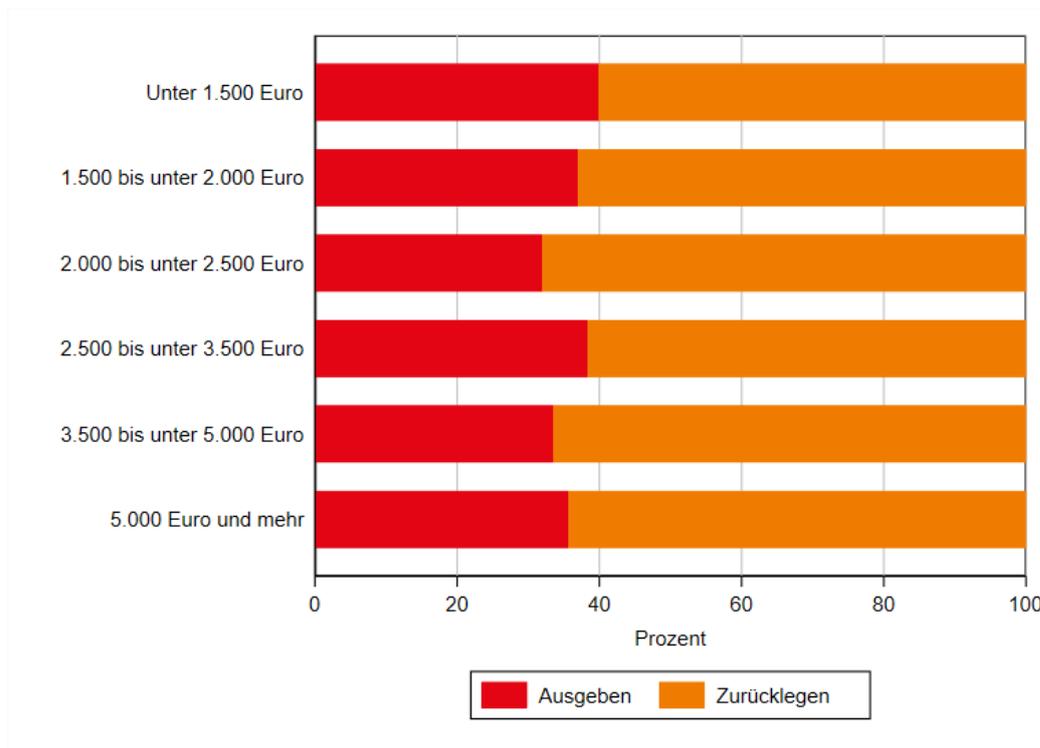
Bei jenen Ausgabenkategorien, die wesentlich zum Konsumrückgang beitrugen, haben die Haushalte aller Einkommensgruppen ihre Konsumausgaben im Durchschnitt reduziert (siehe Abbildung im Anhang 1). So fällt der Rückgang der Konsumausgaben für Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen im Jahresvergleich über alle Einkommensgruppen hinweg prozentual relativ ähnlich aus. Im Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur sind die Rückgänge insbesondere bei den Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 2.600 bis 3.600 Euro und 3.600 bis 5.000 Euro sowie den Haushalten der untersten Einkommensgruppe ausgeprägt. Dies gilt auch für den Bereich Verkehr, wo neben den Haushalten der untersten Einkommensgruppe vor allem jene der beiden mittleren Einkommensgruppen ihre Ausgaben deutlich reduziert haben. Bei dem Vergleich einer Veränderung der Konsumausgaben für unterschiedliche Einkommensgruppen ist allerdings zu beachten, dass sich eine Veränderung bei Haushalten mit höheren Einkommen stärker in einer Veränderung der gesamten Konsumausgaben niederschlägt, da deren absolute Ausgaben deutlich höher ausfallen.

Geplante Verwendung der Zusatzerparnis

Um abzuschätzen, ob die während der Pandemie gebildeten Ersparnisse längerfristig im Vermögen der privaten Haushalte verbleiben oder in absehbarer Zukunft für zusätzliche Konsumausgaben verwendet werden, nutzen wir Erkenntnisse aus der Online-Befragung des IMK. Wie bereits dargelegt, wurden die TeilnehmerInnen unter anderem gefragt, ob sie zwischen März 2020 und Mai 2021 am Monatsende im Durchschnitt mehr Geld übriggehabt haben als vor der Pandemie. Anschließend wurden diejenigen TeilnehmerInnen mit zusätzlichen Ersparnissen gefragt, wofür sie die während der Pandemie angefallenen zusätzlichen Ersparnisse bisher verwendet haben und welchen Anteil sie von den verbliebenen Ersparnissen in den kommenden zwölf Monaten noch ausgeben wollen.

Unter der Hilfsannahme, dass die im vierten Quartal 2021 (während der neuen Kontaktbeschränkungen und der wegen der neuen Infektionswelle erneut gestiegenen Konsumzurückhaltung) noch angefallenen Zusatzerparnisse von den Haushalten mit gleichem Anteil für zusätzlichen Konsum verplant sind, wie die zuvor gebildeten Zusatzerparnisse, lassen sich die zusätzlich geplanten Konsumausgaben grob abschätzen. Abbildung 7 stellt den Anteil der Zusatzerparnisse nach Einkommensgruppen dar, den die Befragten in den kommenden zwölf Monaten noch ausgeben wollen. Über alle Einkommensgruppen hinweg gaben die Befragten dabei an, etwa ein Drittel der bislang noch nicht ausgegebenen Zusatzerparnis innerhalb des kommenden Jahres ausgeben zu wollen. Dabei war die Ausgabenneigung in jenen Einkommensgruppen leicht höher, in denen im Schnitt absolut höhere Ersparnisse angefallen waren.

Abbildung 7: Geplante Verwendung der zusätzlichen Ersparnisse nach Einkommensgruppen



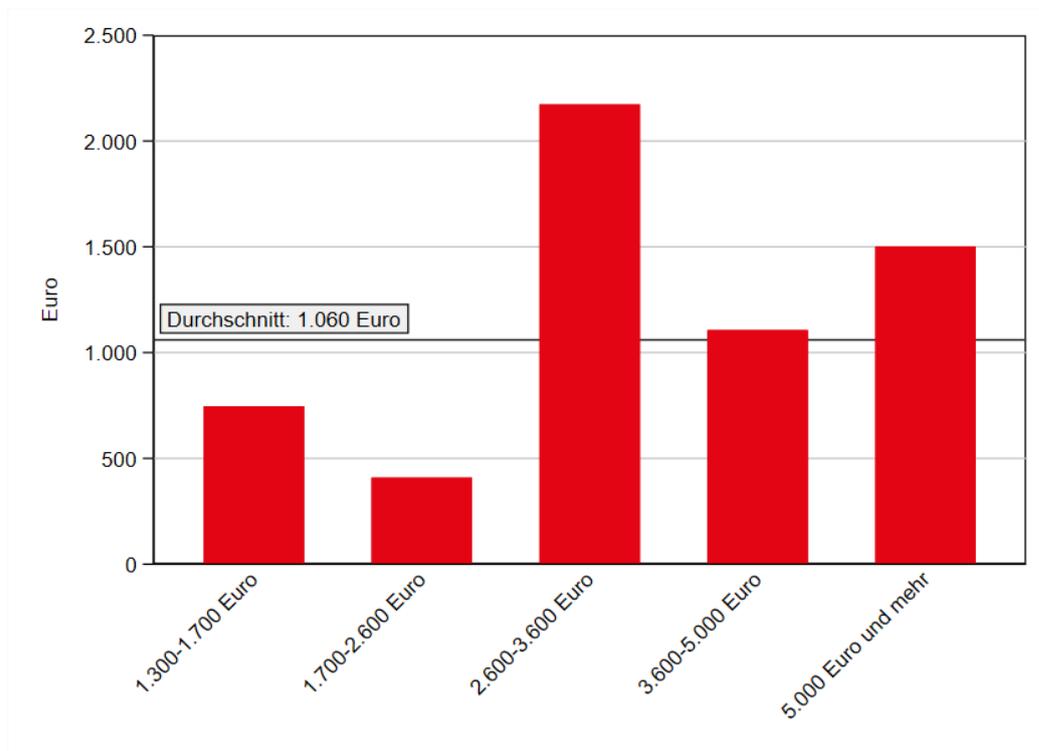
Quellen: Online-Befragung des IMK; Berechnungen des IMK.



Um nun den gesamten geplanten Zusatzkonsum für die kommenden zwölf Monate zu ermitteln, wurden in einem nächsten Schritt die aus den LWR ermittelten Zusatzerparnisse mit den einkommensspezifischen geplanten Ausgabenquoten aus der Online-Befragung multipliziert. Da die Einteilung der Einkommensgruppen aus den LWR nicht exakt mit jenen aus der Online-Befragung übereinstimmt, wurden zur Näherung jene Einkommensgruppen aus der Befragung herangezogen, die am ehesten den Gruppen der LWR entsprechen. Die Gruppe mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 1.300 Euro wurde dabei nicht einbezogen, weil in dieser Gruppe laut LWR im Durchschnitt keine zusätzlichen Ersparnisse gebildet wurden. Zudem wurde in der Online-Befragung nicht gefragt, inwieweit Haushalte planen, in der Pandemie verringerte Ersparnisse wieder aufzufüllen. Quantitativ dürften die Zusatzerparnisse dieser Gruppe allerdings auch keine große Rolle spielen. Zum einen bildet diese Einkommensgruppe üblicherweise nur geringe Ersparnisse und zum anderen dürften die Zusatzerparnisse bei jenen einkommensschwachen Haushalten, die überhaupt Zusatzerparnisse gebildet haben, gering gewesen sein.

Auf die einzelnen Haushalte bezogen ergibt sich für das kommende Jahr somit ein erwarteter Zusatzkonsum von etwa 1.060 Euro pro Haushalt. Dieser Zusatzkonsum variiert dabei stark über die Einkommensgruppen (siehe Abbildung 8). Während in der Gruppe mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 1.700 bis 2.600 Euro mit einem durchschnittlichen Zusatzkonsum von lediglich etwa 409 Euro gerechnet werden kann, ergibt sich aus dieser Abschätzung in der Einkommensgruppe von 2.600 bis 3.600 Euro im Durchschnitt ein zusätzlicher Konsum von 2.173 Euro. Wie schon bei den haushaltsspezifischen Ersparnissen ist auffällig, dass der größte Zusatzkonsum nicht bei den einkommensstärksten Haushalten, sondern bei der Einkommensgruppe von 2.600 bis 3.600 Euro zu finden ist.

Abbildung 8: Geplante Zusatzausgaben nach Einkommensgruppen



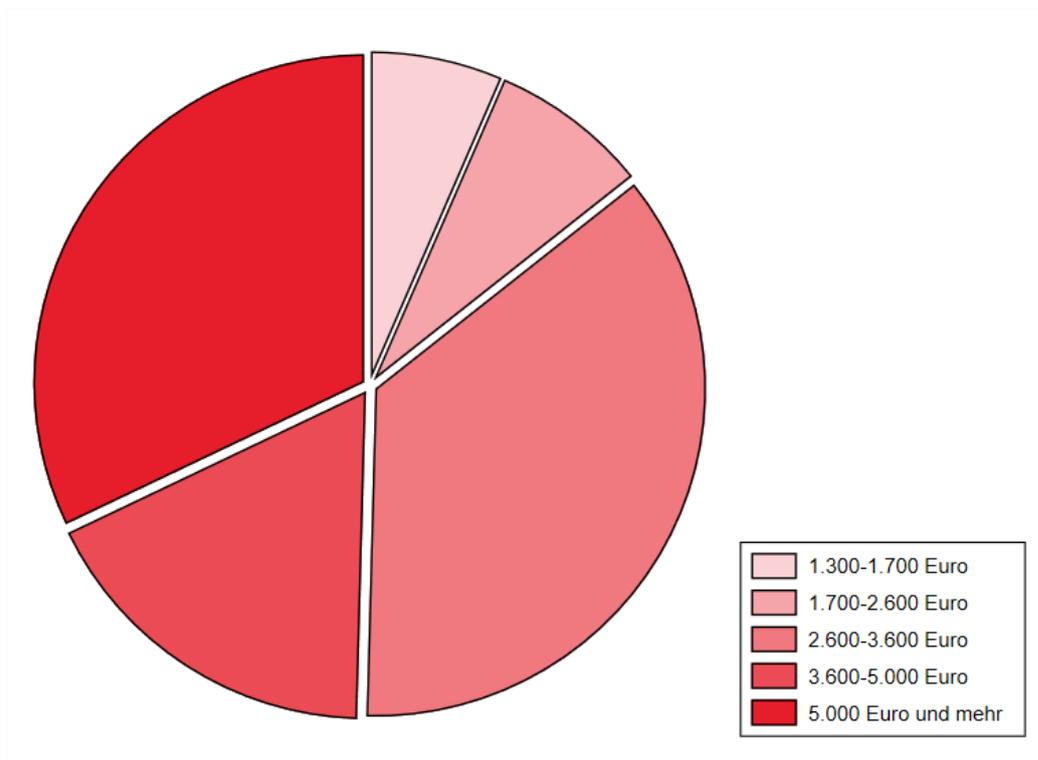
Quellen: Online-Befragung des IMK, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Addiert man die zusätzlich geplanten Konsumausgaben der Privathaushalte über die kommenden zwölf Monate, so ergeben sich gesamtwirtschaftlich zusätzlich geplante Konsumausgaben von etwas mehr als 40 Mrd. Euro. Eine Betrachtung des zusätzlichen Konsums nach Einkommensgruppen zeigt (siehe Abbildung 9), dass der größte Anteil des zusätzlichen Konsums von den Einkommensgruppen zu erwarten ist, die über ein monatliches Nettoeinkommen von 2.600 bis 3.600 Euro bzw. von mehr als 5.000 Euro verfügen. Würde ein solcher Konsumschub sich tatsächlich realisieren, wäre dies ein durchaus relevanter Impuls. Gerechnet auf die Konsumausgaben in den LWR entspricht dies etwa 3,5 Prozent zusätzlichem Konsum. Setzt man diese Summe ins Verhältnis des in der VGR abgebildeten Konsums, bleibt rechnerisch noch ein Konsumimpuls von etwa 2,4 Prozent.

Bei der Interpretation dieser Zahlen sind allerdings einige Einschränkungen zu beachten. Zum einen ist zu erwarten, dass die Befragten nicht so trennscharf zwischen Konsum und Ersparnis unterscheiden, wie dies in der VGR bzw. den LWR getan wird. So werden etwa in der VGR Ausgaben zur Modernisierung oder die Erstellung von Immobilien als Investitionen (und nicht als Konsum) der privaten Haushalte verbucht. Es ist deshalb zu vermuten, dass die Privathaushalte in ihre Konsumpläne auch Ausgaben für Immobilien bzw. deren Modernisierung einbeziehen. Insoweit ein Teil der geplanten Ausgaben auf diese Kategorien entfällt, dürfte der gesamtwirtschaftliche Konsumimpuls entsprechend kleiner ausfallen.

Abbildung 9: Anteil der hochgerechneten geplanten Zusatzausgaben nach Einkommensgruppen



Quellen: Online-Befragung des IMK, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Eine zweite Unsicherheit über den zusätzlichen Konsumimpuls ergibt sich aus der jüngst gestiegenen Inflationsrate und der Tatsache, dass sich derzeit eine längere Phase höherer Energiepreise abzeichnet (Dullien und Tober 2022). Zum Zeitpunkt der Befragung war nicht absehbar, dass die Inflation auch im Jahresverlauf 2022 erhöht sein würde. Auch die gängigen Prognosen gingen damals von einem schnellen Rückgang der Inflation aus. Die höhere Inflation könnte nun einen relevanten Anteil der befragten Haushalte zwingen, ihre zusätzlichen Ersparnisse seit Beginn der Pandemie 2020 zumindest teilweise dafür zu verwenden, ihr ursprüngliches reales Konsumniveau bei gleichzeitig gestiegenen Energiepreisen aufrecht zu erhalten. Hier wäre es deshalb denkbar, dass nicht der gesamte geplante Konsum aus Corona-Ersparnissen am Ende auch als *zusätzlicher* Konsum realisiert wird. Allerdings würde dies gleichzeitig bedeuten, dass die Zusatzerparnis aus der Corona-Pandemie dennoch den Konsum stützt, da ohne diese Ersparnis sogar mit einem Rückgang des realen Konsums bei starker Teuerung und langsamer wachsenden verfügbaren Einkommen zu rechnen wäre.

Zugleich ist zu beachten, dass sich die hier abgeschätzten Ausgaben ausschließlich auf die zusätzliche Ersparnis der Haushalte bezieht, die in der LWR abgebildet sind. Sollten also etwa Haushalte, die nicht in den LWR erfasst werden (d.h. Haushalte, deren monatliches Haushaltsnettoeinkommen 18.000 Euro und mehr beträgt, Einzelunternehmen und -kaufleute, Selbstständige oder sonstige BGB Gesellschaften in ihrer Rolle als Produzenten sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck) ihre Zusatzerparnisse in ähnlichem Umfang wie die in den LWR betrachteten Haushalte für zusätzlichen Konsum aufwenden, könnte daraus ein zusätzlicher

Konsumimpuls von bis zu 33 Mrd. Euro entstehen. Diese Summe dürfte aber eher eine absolute Obergrenze darstellen, da davon auszugehen ist, dass gerade die Einzelunternehmen und -kaufleute zusätzliche Ersparnisse nicht wie normale Privathaushalte in Zusatzkonsum fließen lassen.

Insgesamt liegt der abgeschätzte Zusatzkonsum über die kommenden zwölf Monate damit eher am oberen Ende der Spanne, die von der Bundesbank als Szenarien für den Abbau pandemiebedingter Ersparnisse angenommen wurde (Deutsche Bundesbank 2021). Folgt man der Bundesbank in der Einschätzung des Inflationsdrucks aus diesem Zusatzkonsums, so dürfte dieser nichtsdestotrotz eher moderat bleiben: Die Bundesbank hat für ihr Extremszenario (genannt „Szenario 2“) eines starken Abbaus der pandemiebedingten Ersparnis (der am ehesten unseren Ergebnissen entspricht) einen Zuwachs der HVPI-Inflationsrate 2023 von lediglich einem Zehntel Prozentpunkt oberhalb der Baseline bzw. dem Szenario mit geringem Abbau der pandemiebedingten Ersparnis errechnet.

Gleichzeitig stehen unsere Ergebnisse in einem gewissen Kontrast mit den Vorhersagen einer Studie von Basselier und Minne (2021) zum Konsum- und Sparverhalten der privaten Haushalte während der Corona-Krise in Belgien. Die Autoren zeigen, dass die während der Pandemie angefallenen zusätzlichen Ersparnisse in Belgien vor allem bei einkommensstarken Haushalten konzentriert sind und erwarten insbesondere aufgrund deren relativ geringer Ausgabenneigung nur einen geringen Impuls für den privaten Konsum in der nahen Zukunft. Unsere Ergebnisse deuten dagegen darauf hin, dass es auch unter Haushalten mit mittleren Einkommen zum Teil deutliche Zusatzerparnisse gegeben hat und dass diese Haushalte davon in naher Zukunft einen beträchtlichen Teil ausgeben könnten.

Zusatzerparnisse als möglicher Puffer für den Energiepreisschock

Angesichts der relevanten Summe des zu erwartenden Zusatzkonsums stellt sich die Frage, inwieweit dieser dazu beiträgt, die Folgen des aktuellen Energiepreisanstiegs zumindest teilweise abzufedern. Die steigenden Preise für Kraftstoffe und für Haushaltsenergie dürften in den kommenden Monaten die Kaufkraft der privaten Haushalte deutlich beeinträchtigen und es ist damit zu rechnen, dass viele Haushalte als Reaktion ihren Konsum auch für andere (d.h. nicht energiebezogene) Güter und Dienstleistungen einschränken. Im makroökonomischen Aggregat besteht dabei tatsächlich das Potenzial, dass die Zusatzausgaben aus den pandemiebedingten Ersparnissen den gesamtwirtschaftlichen Konsum stützen.

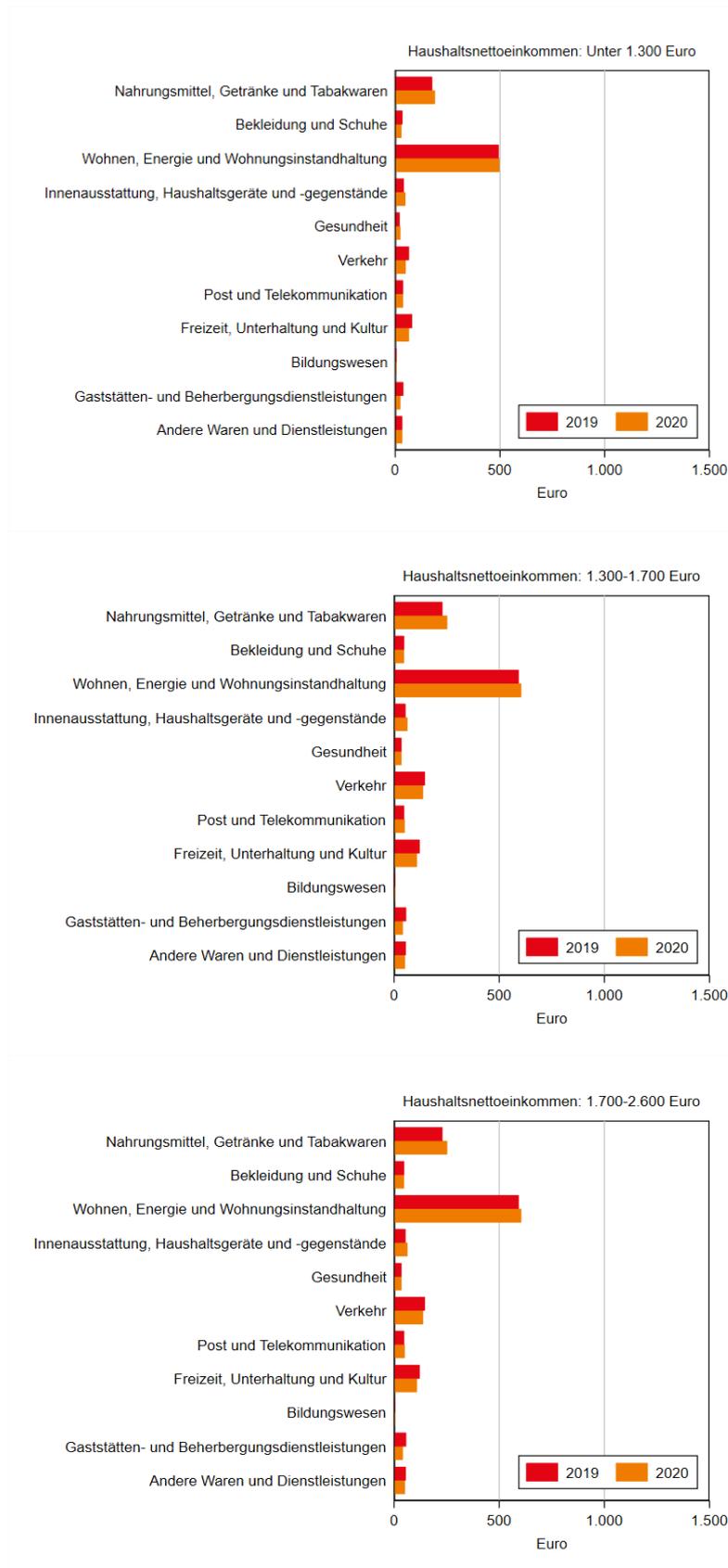
Allerdings gilt dieses Argument nicht auf individueller Haushaltsebene: Wie in Abbildung 3 zu erkennen, hat die Mehrheit der Haushalte in allen Einkommensgruppen keine Zusatzerparnisse während der Corona-Pandemie gebildet. Die zusätzlichen Ersparnisse sind damit bei einer Minderheit der Haushalte konzentriert. Hinzu kommt, dass insbesondere von den Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 2.000 Euro nur wenige Haushalte überhaupt Zusatzerparnisse gebildet haben. Allerdings sind gerade die Menschen in diesen Einkommensgruppen von dem Energiepreisanstieg besonders betroffen: Zum einen geben diese Haushalte einen besonders großen Anteil ihres Einkommens für Energie aus. Zum anderen haben diese Haushalte in der Regel eine hohe Konsumquote, sodass wenig Möglichkeiten bestehen, durch vorübergehend niedrigere Ersparnisse den Energiepreisschock auszugleichen. Bei diesen Haushalten ist

damit zu rechnen, dass sich die höheren Energiepreise auch in einer Reduktion des realen Konsums niederschlagen. Die Existenz von in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung relevanter zusätzlicher Ersparnisse aus den Pandemie Jahren sollte deshalb kein Argument gegen fiskalpolitische Maßnahmen sein, die die Zusatzbelastung aus den höheren Energiepreisen abfedern und damit den Konsum stützen könnten.

Schlussfolgerungen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sowohl die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wie auch die der Laufenden Wirtschaftsrechnungen darauf hindeuten, dass die deutschen Privathaushalte während der Corona-Pandemie unfreiwillig enorme Ersparnisse aufgebaut haben. Gesamtwirtschaftlich liegen die zusätzlichen Ersparnisse bei mehr als 194 Mrd. Euro, wobei etwas mehr davon bei der breiten Masse der privaten Haushalte angefallen sein dürfte, die in den LWR abgebildet sind. Kombiniert man die Angaben aus der amtlichen Statistik mit der selbstberichteten geplanten Verwendung dieser Ersparnisse aus einer Online-Befragung von privaten Haushalten, so ergibt sich, dass von den Ersparnissen in den kommenden zwölf Monaten ein deutlicher Konsumschub in einer Größenordnung von rund 40 Mrd. Euro ausgehen könnte. Materialisiert sich diese Konsumnachfrage, so könnte dies eine relevante Stütze für die wirtschaftliche Erholung in Deutschland sein, insbesondere angesichts des sich abzeichnenden Energiepreisschocks.

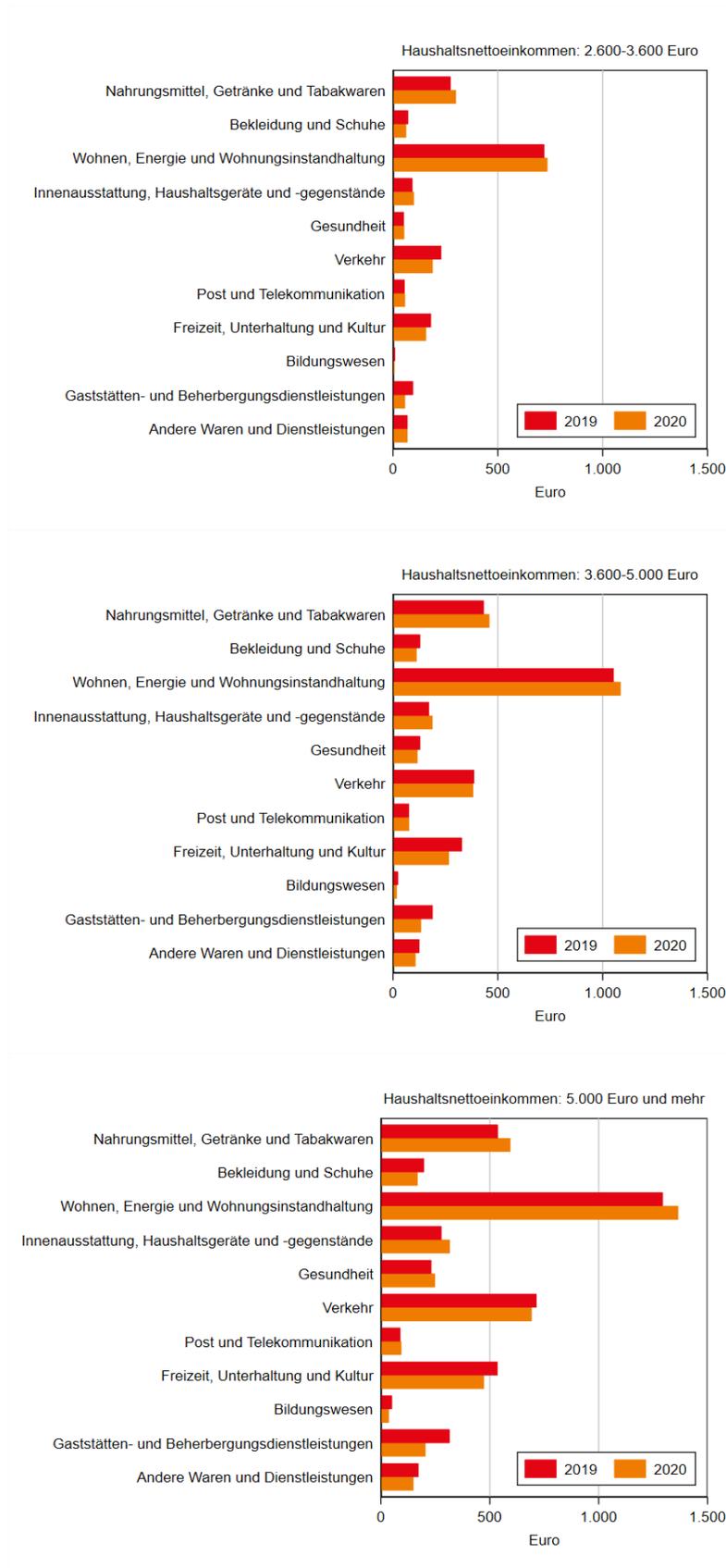
Anhang 1a: Konsumausgaben nach Verwendungszweck und Einkommensgruppen



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Anhang 1b: Konsumausgaben nach Verwendungszweck und Einkommensgruppen



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

Anhang 2

Die IMK Online-Befragung

Dieser Policy Brief verwendet eine repräsentative Online-Befragung von Personen in Deutschland, die im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) durchgeführt wurde. Hierfür wurden in einer ersten Erhebung im Zeitraum vom 28. September bis 12. Oktober 2021 rund 7.500 Personen sowie in einer zweiten Erhebung vom 12. November bis 24. November 2021 weitere rund 1.000 Personen im Alter von 18 bis 75 Jahren befragt. Neben Angaben zur finanziellen Situation und der Verwendung von während der Pandemie gebildeten Zusatzerparnissen enthält diese Befragung auch detaillierte Informationen zu der Einstellung zu öffentlichen Investitionen und Staatsverschuldung. Die Befragung wurde als computergestützte Online-Befragung (Computer Assisted Web Interviewing, CAWI) umgesetzt. Die Stichprobe basiert auf einer Quotenstichprobe im Rahmen eines sogenannten Online-Access-Panels. Dabei wurde die strukturelle Zusammensetzung der Befragten anhand von festgelegten Quoten nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bundesland und Haushaltseinkommen abgebildet. Das bedeutet, dass eine Stichprobe erhoben wurde, die die Bevölkerung Deutschlands entsprechend dieser Merkmale adäquat abbildet.

Literatur

Basselier, R. / Minne, G. (2021): Household savings during and after the COVID-19 crisis. Lessons from surveys. In: Economic Review, National Bank of Belgium, H. 3, S. 60-78.

Behringer, J. / Dullien, S. (2020): Wie effektiv sind Mehrwertsteuersenkung und Kinderbonus im Konjunkturpaket? Erste Erkenntnisse aus der HBS-Erwerbstätigenbefragung. IMK Policy Brief Nr. 97.

Deutsche Bundesbank (2021): Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2021 bis 2023. Monatsbericht Juni, Jg. 73, Nr. 6.

Dullien, S. / Tober, S. (2022): IMK Inflationsmonitor. IMK Policy Brief Nr. 117.

Kohlrausch, B. / Zucco, A. / Hövermann, A. (2020): Verteilungsbericht 2020. Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. WSI Report Nr. 62.

Statistisches Bundesamt (2022): Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Aufgaben, Methode und Durchführung. Fachserie 15, Heft 7.

Zucco, A. / Özerdogan, A. (2021): Verteilungsbericht 2021. Die Einkommenssituation und Abstiegssängste der Mittelschicht. WSI Report Nr. 69.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
